

## **Die Anerkennung des Genozids ist die Voraussetzung zum Dialog Und einen Weg zum Dialog zu suchen, ist die Aufgabe der „Tätergesellschaft“**

Im 20. Jahrhundert erlebte die Menschheit in den Jahren 1914-1918 und 1939-1945 zwei große Kriege und in diesen beiden Kriegen große Genozide. Die Verantwortlichen des Holocausts wurden 1946 in Nürnberg vor einem internationalen Gericht angeklagt. Den Prozessen folgte eine bedeutende Entwicklung: Die deutsche Gesellschaft ließ ihre verdrängende, leugnerische Haltung fallen und legte insbesondere ab Ende der 60er Jahre der Welt ein Beispiel dafür vor, was die Aufarbeitung der Vergangenheit einer Gesellschaft bringen kann. Wenn Neonazismus, Faschismus und Verbrechen an der Menschlichkeit gesellschaftlich geächtet werden konnten, so hat eine Sache erheblich dazu beigetragen, die „Aufarbeitung“ genannt wird und für die es im Türkischen noch keine Entsprechung gibt.

Dass die Türkei sich der Verurteilung des durch die „Jungtürken“ verursachten Genozids und weiterer Kriegsverbrechen zuwandte, wissen viele Historiker, Politiker, Intellektuelle sowie die türkische Gesellschaft im Allgemeinen nicht oder wollen es nicht wahrhaben. Die Prozesse im Jahr 1919 vor Kriegssondergerichtshöfen in Istanbul stellten den erstmaligen Versuch in der Rechtsgeschichte dar, auf nationaler Ebene ehemalige Regierungsmitglieder für Staats- und Kriegsverbrechen zur Verantwortung zu ziehen. Diese Verfahren, bei denen die Hauptverantwortlichen des Genozids, das Triumvirat Enver-Talat-Cemal, zum Tode verurteilt wurden, führten nicht zum notwendigen Resultat, sondern vielmehr zu dessen Gegenteil. Nicht wenige der Verantwortlichen erhielten hohe Ämter und gehörten damit zu dem Kader der Republikgründer. So ist genau diese Verknüpfung des Völkermords mit der Gründung der Republik der Hauptgrund, warum der Genozid heute noch tabuisiert ist und seine Anerkennung noch immer so schwierig.

Und mit dieser Leugnung und der Verdrehung der Fakten verwandelte sich der türkische Staat in einen Täter, der sich von Beginn seiner Gründung an schuldig machte. Neben den im Memorandum genannten Vergehen gibt es staatliche Gewalt gegen andere Minderheiten aber auch staatliche Gewalt, die sich gegen Mitglieder der Mehrheit richtet.

Die heute noch ungelöste Kurdenfrage ist die Fortsetzung der offiziellen Leugnungspolitik. Den Forderungen nach Anerkennung, nach Gewährung demokratischer Rechte wurde stets mit Gewalt und Unterdrückung geantwortet.

Wenn die Türkei von Dialog spricht, fordert sie von den Opfervölkern des Genozids, ihre Erlebnisse und Erinnerungen zu begraben und zu vergessen. Diese Forderung bedeutet die Fortsetzung des Genozids. Das Memorandum erachtet völlig zu Recht „die Anerkennung des Völkermords durch die Türkei als Voraussetzung für einen ernsthaften Dialog zwischen Türken und Armeniern. Denn nur auf der Basis der historischen Wahrheit kann eine echte Aussöhnung der beiden Völker statt finden.“ Einen Weg zum Dialog zu suchen, ist nicht die Aufgabe der Opfer, die mit dem Trauma des Genozids aufwuchsen, sondern die der Tätergesellschaft.

Wir als Mitunterzeichner möchten auf die zweifache Wichtigkeit dieses Punktes hinweisen: Mit der Fortsetzung der Leugnungspolitik und der Geschichtsverfälschung

werden nicht nur historische Fakten mit Füßen getreten, sondern auch Generationen zu Mittätern gemacht, die nicht mittelbar mit dem Genozid zu tun hatten. Denn, wie der Jurist und Autor Bernhard Schlink sagt: „Auch wer mit den Tätern in Solidargemeinschaft lebt, macht sich schuldig.“ Wir Menschenrechtler sind heute hier, weil wir darauf hinweisen wollen, dass wir historische Verantwortung übernehmen wollen, aber uns nicht zu Mittätern machen lassen wollen.

Die Anerkennung ist nicht nur eine moralische Aufgabe, sondern auch eine gesellschaftliche. Nur auf der Basis der historischen Wahrheit kann man neue Generationen zu Achtung und Toleranz gegenüber dem Anderen in der eigenen Gesellschaft sowie zu gegenseitigem Verständnis und Vertrauen erziehen. Lüge und Leugnung dürfen nicht die Grundlage von Erziehung und Bildung sein. Nicht Verdrängen und Leugnen, sondern Aufarbeitung der Geschichte, Aufklären, Wissen, Anerkennen und Erinnern müssen die Prinzipien der Bildungspolitik sein. Die gerade für multikulturelle und multiethnische Gesellschaften so wichtige „Erinnerungsarbeit“ ist bewusstseinsbildend und für die Enttabuisierung des Genozids im besonderen und als Basis für Diskussionen aktueller gesellschaftlicher Themen im allgemeinen unverzichtbar.

Aussöhnung und Anerkennung schwächen Gesellschaft und Staat nicht, sondern stärken sie.

Die Jugend hat ein Recht darauf, sich mit der Geschichte des eigenen Landes auseinander zu setzen. Die Leugnungspolitik schweigt nicht nur die eigenen Verbrechen und deren Opfer tot, sondern auch die Tatsache, dass dieses Land multiethnisch und multireligiös ist. Dies als gemeinsames Erbe und gemeinsamen Reichtum zu sehen, wird den Weg zu einem friedlichen Zusammenleben der Völker fördern. Wir wünschen uns eine Türkei des Miteinanders, in der auch der Komponist Komitas Vartabed nicht totgeschwiegen, sondern dessen Andenken als gemeinsamer kultureller Wert gepflegt, gewahrt und der Jugend vermittelt wird.

Wir setzen nicht auf Leugnung, sondern auf Erinnern. Wir setzen nicht auf Schweigen, sondern auf den Dialog. Wir setzen nicht auf Lügen, sondern auf die Wahrheit.

Und nicht nur wir, der Verein der Völkermordgegner e. V. in Frankfurt und TÜDAY, in Europa lebende Menschen aus der Türkei also, erheben diese Forderung, sondern auch Menschen in der Türkei Ab 1990 wurden auch dort erste Schritte zum Bruch des Monopols der offiziellen Haltung gewagt. Trotz aller Gefahren, Repressalien und Drohungen meldeten sich Einzelne und Gruppen zu Wort, die eine Aufklärung sowie eine offene Debatte forderten und die offizielle Geschichtsschreibung und Leugnungspolitik in Frage stellten. Man begann, Bücher darüber zu schreiben, zu übersetzen und zu publizieren, Bürger des türkischen Staates besuchten das Mahnmal in Jerewan. Genannt sei hier die Initiative „**Geschichte für Frieden**“, in der sich über 500 KünstlerInnen, AkademikerInnen, PädagogInnen, HistorikerInnen und JuristInnen öffentlich gegen die Fortsetzung von Leugnungspolitik und Geschichtsverfälschung in Schulbüchern ausgesprochen haben.

Alle diese Personen und Initiativen weisen darauf hin, dass die Aufarbeitung der Vergangenheit eine Grundvoraussetzung für die Demokratisierung des Landes ist –

ebenso unverzichtbar wie die erfolgte Abschaffung der Todesstrafe, wie die Einhaltung der Menschenrechte, wie die Anerkennung der Subidentitäten.

Das größte Hindernis für die Türkei auf dem Weg in eine EU-Vollmitgliedschaft ist nicht die Tatsache, dass die Mehrheit ihrer Bürger Muslime sind. Diese Annahme ist ebenso falsch wie von einem christlichen Europa zu sprechen. Beides hieße, zu den ohnehin vorhandenen Mauern zwischen Gesellschaften auch eine Mauer des Glaubens aufzubauen.

Wenn Europa ein Projekt ist, das Demokratie, Gleichheit und Wahrung der Menschenrechte zum Ziel hat, wenn Europa die Hoffnung ist, Rassismus, Diskriminierung und Völkermord zu verhindern und zu ächten, dann darf es die Leugnung einer fast hundertjährigen Schuld nicht hinnehmen. Und deshalb ist die vorrangige Aufgabe einer Türkei, die Teil Europas werden will, das Wort „Aufarbeitung“ für sich zu entdecken.